

## Was sind uns die Alten wert?

Rot-Kreuz-Chefin Christa Prinzessin von Thurn und Taxis warnt vor dem Pflegenotstand und verzweifelt an der Politik Von Peter Issig

### WELT am SONNTAG

Es ist ein düsteres Bild, das Christa Prinzessin von Thurn und Taxis zeichnet: "Wir kennen die Probleme der Pflege doch schon seit mehr als zehn Jahren. Und was ist geschehen? So gut wie nichts." Der Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) fällt es schwer, nicht den Glauben an die Handlungsfähigkeit der Politik zu verlieren.

Sie zählt auf: Die Alterung der Gesellschaft, der Mangel an Pflegekräften, die wachsenden finanziellen Anforderungen. Alles war seit Jahren absehbar. Und welche Konsequenzen wurden gezogen? Das Urteil der Prinzessin, die den Wohlfahrtsverband seit neun Jahren leitet, ist vernichtend: Das vergangene Jahr war von der Bundesregierung zum "Jahr der Pflege" ausgerufen worden. Außer eines Programms zur Unterstützung von Demenzkranken, das rund 1,4 Milliarden Euro kostet, bei den betroffenen Familien aber kaum für finanzielle Entlastung sorgt, sei "nichts vom Jahr der Pflege übrig geblieben".

Auch im Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung gibt es viele Dauerbaustellen, für sie Beispiele, wie falsch die Dramatik der Situation eingeschätzt wird. Bei ihren Gesprächen mit Ministerpräsident Horst Seehofer habe sie mindestens schon acht Mal das Thema der staatlichen Förderung bei Sanierungen von Alten- und Pflegeheimen auf der Tagesordnung gehabt. "Aber leider tut sich gar nichts", sagt die BRK-Chefin.

Die Förderung von Sanierungsmaßnahmen sei während der Sparpolitik von Ministerpräsident Edmund Stoiber abgeschafft worden, seither kämpfen die Träger der Heime um Zuschüsse. Der Investitionsbedarf, um sie auf den Stand der Technik zu bringen, beläuft sich auf über eine Milliarde Euro. Dass es dafür kein Geld gibt, ist für die Prinzessin symptomatisch: "Für alles gibt es Rettungsschirme, für die Alten aber nicht."

Zu den größten Versäumnissen und dringendsten Problemen zählt Christa Prinzessin von Thurn und Taxis aber den akuten Fachkräftemangel in der Altenpflege. Auch er zeichnete sich schon seit Jahren ab. Nach Berechnungen des Berufsverbandes der Pflegeberufe werden bis 2025 rund 152.000 Beschäftigte in den Pflegeberufen fehlen. Die Zahl der Stellenangebote sei seit 2007 um 216 Prozent gestiegen. Weil die Menschen immer älter werden, werden mehr Pflegekräfte gebraucht. Nach einer Untersuchung der Krankenkasse Barmer GEK muss fast jede zweite Frau und jeder dritte Mann damit rechnen, dement und später ein Pflegefall zu werden.

Schon jetzt leben in Bayern in fast einem Viertel der Haushalte nur ältere Menschen. 2011 waren 1,37 Millionen der insgesamt 6,1 Millionen Haushalte im Freistaat "reine" Seniorenhaushalte mit Bewohnern im Alter von mindestens 65 Jahren, wie das Statistische Landesamt errechnete. Jeder Dritte ab 65 Jahren wohnt alleine, vor allem Frauen. Viele werden irgendwann Hilfe benötigen.

Schon jetzt gibt es nicht genug Personal. Das BRK bildet zurzeit 800 junge Menschen im Pflegebereich aus. "Wir bräuchten aber allein für den eigenen Bedarf doppelt so viele", sagt Geschäftsführer Leonhard Stärk.

Dass der steigende Bedarf an Pflegekräften nicht gedeckt werden kann, sei vor allem auf die Geringschätzung des Pflegeberufes zurückzuführen, sagt die BRK-Chefin. Wobei die öffentliche Meinung paradox sei: In Umfragen wird der Pflegeberuf regelmäßig zu den wichtigsten Berufen in unserer Gesellschaft gezählt. Fragt man aber danach, wer den Beruf tatsächlich ergreifen würde, sinkt die Attraktivität nahezu ins Bodenlose.

Sie weiß, dass vor allem die finanzielle Vergütung den Pflegeberuf so unattraktiv macht, und fordert deswegen eine gerechtere Bezahlung und eine verlässliche Finanzierung der Ausbildung. Ein wichtiger Schritt wäre es, wenn die "Konkurrenz" zwischen Krankenpflege- und Altenpflegeberufen beendet würde.

Denn Krankenschwestern und -pfleger stellen sich in der Ausbildung deutlich besser. Sie bekommen ein Lehrlingsgehalt vom Arbeitgeber. Alle bayerischen Krankenhäuser beteiligen sich an einem Fondssystem, um die Ausbildung zu finanzieren. Wer aber eine Ausbildung in der Altenpflege macht, muss selbst in die Tasche greifen und die Ausbildung mitfinanzieren. "Das kann für den einzelnen Azubi schon mal 200 Euro im Monat kosten", sagt Christa von Thurn und Taxis.

Bund und Länder müssten die Altenpflegeausbildung der Krankenpflege gleichstellen. Hier könnte die Politik, die in Sonntagsreden immer eine bessere Bezahlung der Altenpfleger fordere, etwas tun. Ungeklärt sei auch noch, wie die Berufsfachschulen für Pflegeberufe gefördert werden. Darüber verhandle sie seit Längerem mit dem Kultusministerium, sagt Christa von Thurn und Taxis.

Für kontraproduktiv hält die BRK-Präsidentin die Ratschläge aus der Politik, die den Pflegebereich quasi zum Auffangbecken für Probleme am Arbeitsmarkt machen: "Die Politiker sind aufgefordert, die Pflegeberufe nicht länger zum Sammelbecken für Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger zu erklären."

Eine deutliche Senkung des Fachkräftemangels ist auch bei der Umsetzung ihrer Vorschläge nicht zu erwarten. Denn die Schülerzahlen und damit die Zahl potenzieller Altenpfleger werden sinken. "Der Kuchen wird kleiner, weshalb es schon ein Erfolg wäre, wenn die Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen nicht zurückgingen."

Um dies zu erreichen, müssten aber die beruflichen Perspektiven der Altenpfleger verbessert werden. "Wir brauchen eine Akademisierung in der Führungsebene der Pflegeberufe." Weil viele Hochschulen entsprechende Studiengänge anbieten, sei man bei der Qualifizierung auf einem guten Weg. In der Berufspraxis fehlen aber die Einkommenstarife und deren Refinanzierung über die Pflegesätze. Außerdem müsse der Pflegeschlüssel, das Verhältnis von Pflegern und Betreuten, verbessert werden.

"Unsere Gesellschaft muss endlich zeigen, was ihr Pflege Wert ist", sagt die BRK-Präsidentin. Offenbar nicht besonders viel, wie ihr Vergleich der Durchschnittslöhne und Gehälter zeigt: Bankkaufleute kommen auf ein Gehalt von circa 3600 Euro, Großhandelskaufleute auf knapp 2600 Euro. In den Pflegeberufen liegt der Durchschnittsverdienst laut BRK bei 2300 Euro, eine Altenpflegerin bekommt 1877 Euro im Monat.

Die Klage über die schlechte Bezahlung fällt auch auf die Wohlfahrtsverbände zurück. Bei der Arbeiterwohlfahrt wurde kürzlich gestreikt, um eine bessere Bezahlung zu erreichen. Aber Christa von Thurn und Taxis sieht hier eine wettbewerbsverzerrende Situation. Die Verbände seien tarifgebunden und handelten ihre Tarife mit den Gewerkschaften aus. Die Steigerungen würden aber bei den Verhandlungen über die Pflegesätze nicht voll berücksichtigt, "die Kassen zahlen das nicht".

Die Kirchen, die auch Pflegeheime betreiben, gehen bei der Entlohnung einen eigenen, den sogenannten "dritten" Weg ohne Tarifbindung. Und die zahlreichen privaten Einrichtungen "können ihre Löhne frei gestalten". Damit würden sie oft billiger - und für die Angehörigen interessanter. Allerdings stellt die BRK-Chefin infrage, ob damit auch dieselbe Qualität zu erreichen ist.

Weil es aber "höchst gefährlich" sei, wenn die Bedürfnisse von Alten und Kranken den Marktgesetzen ausgeliefert würden, lehnt die BRK-Chefin eine stärkere Verlagerung auf die private Vorsorge ab und fordert eine Stärkung der solidarischen Finanzierung. "Wir werden gesamtgesellschaftlich entscheiden müssen, was uns die Pflege der Menschen, die wesentlich zu unserem Wohlstand beigetragen haben, Wert ist. Und wir müssen entscheiden, wie viel wir davon dem persönlichen Geldbeutel überlassen und wie viel wir solidarisch finanzieren wollen", sagt Christa von Thurn und Taxis. Die Antwort der BRK-Präsidentin ist eindeutig: "Wir brauchen ein steuerfinanziertes Konzept." Geld wäre im Gesundheitssystem genug vorhanden.

© Axel Springer AG 2012. Alle Rechte vorbehalten